

Malta-Vereinbarungen zur Seenotrettung

Am 23.09.2019 trafen sich die Innenminister Maltas, Frankreichs, Italiens und Deutschlands auf Malta, um „eine Übergangslösung für einen Notfallmechanismus zur Verteilung von aus Seenot geretteten Migranten“ zu erarbeiten. Vereinbart wurden Maßnahmen, die verhindern sollen, dass Schlepper die neue Lage ausnutzen würden. Innerhalb von 4 Wochen, nachdem die Migranten an Land gekommen sind, erfolge eine Sicherheitsprüfung. Das Asylverfahren finde weiter in den beteiligten Staaten statt. Der maltesische Innenminister Farrugia teilte mit: „Wir haben begonnen, Geschichte zu schreiben“. Minister Seehofer sagte, er sei „hochzufrieden“ über den temporären Mechanismus, durch den Italien geholfen werde. Europa habe sich an diesem Tag bewährt. Dies mache ihn glücklich. Für die Bundesregierung hatte er schon am 13. September erklärt, Deutschland werde 25 % der in Seenot geratenen Menschen aufnehmen. Seit Juli 2018 hat Deutschland der Aufnahme von 565 aus Seenot geretteten Migranten zugestimmt. Allerdings waren bis Ende Oktober 2019 nur ca. 230 in Deutschland tatsächlich eingetroffen.

Nachdem im Juni Deutschland und Frankreich eine Initiative für eine „Koalition der Hilfsbereiten“ zur Seenotrettung ins Leben gerufen hatten, hieß es zunächst, auch Frankreich werde 25 % der geretteten Flüchtlinge aufnehmen. Frankreich vermied es jedoch auf der Konferenz, eine konkrete Zahlenzusage zu machen. Außer Deutschland und Frankreich hatten in den meisten Fällen nur noch Luxemburg und Portugal sich zur Aufnahme bereit erklärt.

Die Übergangslösung sollte zunächst für 6 Monate gelten und auf Freiwilligkeit basieren, sodass jedes teilnehmende Land auch jederzeit wieder austreten könne. Sie sei eine wesentliche Voraussetzung für die künftige gemeinsame Asylpolitik Europas, da die Migrationsfrage kein Land allein beantworten könne. Die Details, die auf Malta ausgearbeitet wurden, waren geheim und sollten im Rahmen des Treffens der EU-Innenminister am 8.10. in Luxemburg präsentiert werden. Auch über die Verteilungsanteile sollte am 8.10. entschieden werden. Seehofer: „Die Höhe ist abhängig von der Zahl derer, die mitmachen“. Er meinte, dass sich etwa 12 – 14 Mitgliedstaaten beteiligen würden.

Jedoch kam es bei der Sitzung am 8. Oktober zu keiner weiteren Unterzeichnung der Vereinbarung. Spanien und Griechenland wollten ausdrücklich nicht unterzeichnen, in Belgien werde die Regierung neu gebildet, ebenso in Österreich und Portugal. Spanien steht vor Neuwahlen. Die „Visegrad“ – Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn lehnten ebenso ab wie Österreich, das mit seiner Argumentation, man dürfe sich nicht auf die zentrale Mittelmeerroute konzentrieren, sondern müsse alle Grenzen Europas beachten, einen Großteil der EU-Innenminister hinter sich versammelte.

Luxemburg, Portugal, Irland und Litauen waren weiterhin auf „informeller Basis“ bereit, sich an der Verteilung zu beteiligen. Zypern, Griechenland und Bulgarien stellten auf der Konferenz ein eigenes Dokument vor, in dem sie darauf hinwiesen, dass die östliche Mittelmeerroute in den Diskussionen nicht ausreichend berücksichtigt worden sei (SZ, 9.10.19). Auf der Konferenz soll auch der Vorwurf im Raum gestanden haben, dass die vorhandenen Regeln, insbes. die Registrierung, von mehreren Mittelmeeranrainerstaaten nicht eingehalten würden und sie ankommende Migranten unregistriert weiter nach Norden reisen lassen. Weder Griechenland, noch Spanien saßen in Malta am Verhandlungstisch. Für die dort ankommenden Schutzsuchenden ist daher weiter keine „Verteilungslösung“ absehbar.

Inzwischen hat sich gezeigt, dass die „**Vereinbarung von Malta**“ **auch in der Praxis wenig Wert** ist: Das Rettungsschiff „Ocean Viking“ rettete am 18. Oktober 104 Menschen vor der libyschen Küste und wartete 12 Tage, bevor die italienischen Behörden dem Schiff am 30. Oktober einen Hafen zuwiesen. Italien habe sich „an einem langen Aufenthalt des Schiffs in libyschen Gewässern gestört „so etwas böte einen Anreiz für Schlepper, Boote mit Migranten aus Linien los zu schicken („Taxi-dienst“). Das deutsche Rettungsschiff „Alan

Kurdi“ durfte zwar am 3.11. mit 88 Migranten an Bord in Italien anlegen, hatte jedoch zuvor eine Woche auf die Genehmigung der italienischen Regierung gewartet. Deutschland und Frankreich hatten sich zur Übernahme von 60 Migranten bereit erklärt, Portugal wollte 5, Irland 2 aufnehmen. Deutlich wird, dass die „Vereinbarung von Malta“ eher eine besondere Art von Pressekonferenz, als eine Lösung des Problems war. Ob die Einigung in den nächsten Wochen greifen wird, muss sich noch erweisen.

Die gemeinsame EU-Seenot-Rettungsaktion „Sofia“ wurde bis März 2020 verlängert – allerdings seit März 2019 weiterhin ohne, dass Schiffe auf dem Mittelmeer fahren. Die Aufklärungsarbeit sollen Flugzeuge und Drohnen übernehmen. Wie Drohnen Menschen aus dem Meer retten sollen, erscheint bisher unklar. „Nach wie vor sterben aber noch Menschen auf See und die von Fall zu Fall gefundenen Lösungen sind eindeutig nicht nachhaltig. Wenngleich eine weitere Verlängerung des Mandats der Operation bis zum 31. März 2020 zu begrüßen ist, so kann die Operation ihr Mandat derzeit nicht in vollem Umfang erfüllen, da der Einsatz ihres Schiffsbestands seit März 2019 vorübergehend ausgesetzt wurde“, heißt es im Fortschrittsbericht der EU-Kommission. **So lässt sich Scheitern positiv beschreiben.**

Wenn Seehofer Sätze sagt wie „Wir lassen niemanden ertrinken“ klingt das gut, nur stimmt es nicht. 7.812 Menschen erreichten bisher 2019 die EU über Malta und Italien. Nach offiziellen Zahlen **kamen dabei 658 Menschen ums Leben, viele weitere ertrinken ungesehen, ohne dass die europäische Öffentlichkeit je davon erfährt. Im gesamten Mittelmeer sollen 2019 bisher 932 Menschen ums Leben gekommen sein, seit 2015 waren es mehr als 15.000.**

Quelle: Prof. Dr. jur. Holger Hoffmann, FH Bielefeld,
Europäische Entwicklungen im Flüchtlingsrecht
Juni – Oktober 2019, Teil: Politische Entwicklungen, S. 23 ff

Siehe auch: <https://www.nds-fluerat.org/politisches/europa/berichte/>